

Inhaltsübersicht

Vorwort

Inhaltsverzeichnis

Verzeichnis der Abkürzungen und der abgekürzt zitierten Literatur

Kapitel 1: Einführung

- § 1 Bedeutung der Gesamtvollstreckungsordnung für den Gläubiger:
Geschichte und Unwägbarkeiten
- § 2 Anwendbarkeit der Gesamtvollstreckungsordnung
- § 3 Ergänzung der Gesamtvollstreckungsordnung durch andere Rechts-
vorschriften

Kapitel 2: Einleitung eines Gesamtvollstreckungsverfahrens und die Anordnung vorläufiger Maßnahmen durch das Gericht

- § 4 Voraussetzungen des Gesamtvollstreckungsverfahrens
- § 5 Anordnung vorläufiger Maßnahmen des Gerichts vor der Verfahrens-
eröffnung
- § 6 Eröffnung und Ablehnung der Eröffnung
- § 7 Anmeldung der Forderung zur Aufnahme in das Vermögensverzeichnis
- § 8 Gläubigerversammlungen

Kapitel 3: Durchführung des Gesamtvollstreckungsverfahrens

- § 9 Prüfungstermine
- § 10 Aufgaben des Gesamtvollstreckungsgerichts
- § 11 Gläubigerausschuß
- § 12 Weitere Informations- und Mitwirkungsrechte der Gläubiger
- § 13 Vorab zu begleichende Ansprüche
- § 14 Die Rechte der Arbeitnehmer in der Gesamtvollstreckung
- § 15 Klageweise Durchsetzung von Forderungen
- § 16 Sicherungsrechte und ihre Durchsetzung
- § 17 Abwehr von Anfechtungshandlungen des Verwalters
- § 18 Vereinbarungen mit dem Verwalter zur Durchsetzung von Gläubiger-
rechten

Kapitel 4: Beendigung des Gesamtvollstreckungsverfahrens

- § 19 Vergleich
- § 20 Verteilung und Schlußtermin
- § 21 Die Einstellung des Gesamtvollstreckungsverfahrens

VIII

Kapitel 5: Sonderprobleme des DDR-Rechts und des DDR-Folgerechts

§ 22 Anwendbarkeit von DDR-Recht (Grundzüge)

§ 23 Kredit- und sicherungsrechtliche Fragen

Kapitel 6: Gebühren, Vergütungen und Auslagenerstattung

§ 24 Gerichtsgebühren

§ 25 Vergütung des Verwalters und des Sequesters

§ 26 Rechtsanwaltsgebühren

§ 27 Vergütung der Mitglieder des Gläubigerausschusses

Anhang

I. Muster

II. Gesetzestexte

III. Materialien zur Gesetzgebungsgeschichte

IV. Entscheidungsverzeichnisse

V. Gesamtvollstreckungsgerichte und Zuständigkeiten

Stichwortverzeichnis

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Verzeichnis der Abkürzungen und der abgekürzt zitierten Literatur . . .	XXIX

Kapitel 1: Einführung

§ 1 Bedeutung der Gesamtvollstreckungsordnung für den Gläubiger: Geschichte und Unwägbarkeiten

Vorbemerkung	1
I. Geschichte der Gesamtvollstreckungsordnung	2
II. Unwägbarkeiten	4
III. Bedeutung der Gesamtvollstreckungsordnung in der Zukunft	6

§ 2 Anwendbarkeit der Gesamtvollstreckungsordnung

Vorbemerkung	7
I. Abgrenzung in zeitlicher Hinsicht	7
II. Abgrenzung in räumlicher Hinsicht	8
1. Abgrenzung der Gesamtvollstreckungsordnung gegenüber der Konkursordnung	8
2. Bestimmung des zuständigen Insolvenzgerichts	11
a) Insolvenzverfahren über das Vermögen juristischer Personen	11
b) Insolvenzverfahren über das Vermögen natürlicher Personen bei Fällen mit Auslandsbezug	13
3. Auswirkungen der Gesamtvollstreckungsordnung auf ein eröffnetes Vergleichsverfahren	14
4. Abgrenzung der Gesamtvollstreckungsordnung gegenüber ausländischem Konkursrecht	15
a) Anerkennung ausländischer Insolvenzverfahren	15
b) Gegenständlich beschränktes Gesamtvollstreckungsverfahren	17
c) Wirkung des Gesamtvollstreckungsverfahrens auf im Ausland belegenes Vermögen	17

§ 3 Ergänzung der Gesamtvollstreckungsordnung durch andere Rechtsvorschriften

Vorbemerkung	18
------------------------	----

I.	Zivilprozeßordnung	18
II.	Gerichtsverfassungsgesetz	21
III.	Konkursrechtliche Spezialregelungen des Handels- und Gesellschaftsrechts sowie sonstige Verweisungsvorschriften (§ 1 Abs. 4 GesO)	21
IV.	Insolvenzordnung und Einführungsgesetz zur Insolvenz- ordnung	24
V.	Gesamtvollstreckungs-Unterbrechungsgesetz	25
VI.	Konkursordnung	26
VII.	Vergütungsverordnung	28

Kapitel 2: Einleitung eines Gesamtvollstreckungs- verfahrens und die Anordnung vorläufiger Maßnahmen durch das Gericht

§ 4 Voraussetzungen des Gesamtvollstreckungsverfahrens

Vorbemerkung	29
I. Gesamtvollstreckungsfähigkeit	30
1. Gesamtvollstreckungsfähigkeit natürlicher Personen.	30
2. Gesamtvollstreckungsfähigkeit juristischer Personen	30
3. Gesamtvollstreckungsfähigkeit nicht rechtsfähiger Personengesellschaften	32
a) Handelsgesellschaften	32
b) Gesellschaft bürgerlichen Rechts.	32
4. Gesamtvollstreckungsfähigkeit von Rechtsgebilden im Gründungsstadium	33
5. Gesamtvollstreckungsfähigkeit von Nachlaßvermögen	34
II. Gesamtvollstreckungsgründe	35
1. Zahlungsunfähigkeit	35
2. Überschuldung einer juristischen Person	37
3. Überschuldung einer nicht rechtsfähigen Personen- gesellschaft.	38
4. Überschuldung eines Nachlasses	39
III. Eröffnungsantrag	39
1. Zuständiges Gericht	39
a) Amtsgerichtliche Zuständigkeit und Zuständigkeits- konzentration	40
b) Bestimmung des zuständigen Gerichts nach Wohn- sitz oder Sitz	41
aa) Zuständigkeit für natürliche Personen	41
bb) Zuständigkeit für juristische Personen und Vermögensmassen.	42

cc) Zuständigkeit für die Gesellschaft bürgerlichen Rechts	42
dd) Zuständigkeit für den Nachlaß	42
c) Folgen der Antragstellung bei einem örtlich unzuständigen Gericht	43
d) Zuständigkeit des Richters oder des Rechtspflegers	43
2. Antragstellung und Prüfung der Eröffnungsvoraussetzungen	44
a) Antragsberechtigung.	45
aa) Antrag des Schuldners	45
bb) Antrag eines Gläubigers	46
b) Antragspflichtige	46
c) Zeitpunkt der Antragstellung bei Antragspflicht	47
d) Inhalt des Antrages	48
aa) Begriff der Glaubhaftmachung.	48
bb) Glaubhaftmachung durch den Gläubiger und sonstige antragsberechtigte Personen	50
dd) Rechtsfolgen fehlender Glaubhaftmachung	50
3. Rücknahme des Antrages.	50

§ 5 Anordnung vorläufiger Maßnahmen des Gerichts vor der Verfahrenseröffnung

Vorbemerkung	51
I. Sinn und Zweck vorläufiger Sicherungsmaßnahmen	51
II. Beschuß des Gerichts	52
1. Antrag eines Verfahrensbeteiligten	52
2. Anhörung des Schuldners	52
3. Rechtsmittel	53
III. Vorläufige Maßnahmen zur Sicherung der Gesamtvollstreckung	53
1. Allgemeines Verfügungsverbot	54
a) Zeitpunkt der Wirksamkeit	54
b) Inhalt und Wirkungen	54
c) Grundbuch- und Registersperre	55
2. Vorläufige Verwaltung (Sequesteration)	56
a) Zweck und Umfang der Sequesteration	56
b) Anordnung von Amts wegen	57
c) Aufgaben und Befugnisse des Sequesters	57
3. Anordnung einer Postsperre	58
4. Vorläufige Einstellung anderweitiger Vollstreckungsmaßnahmen	59

§ 6 Eröffnung und Ablehnung der Eröffnung

Vorbemerkung	60
I. Entscheidung über die Eröffnung	61
1. Anhörung des Schuldners	62
2. Anhörung weiterer Personen	63
3. Form der Anhörung	63
4. Gerichtliche Entscheidung	63
II. Inhalt, Wirkung und Bekanntmachung des Eröffnungsbeschlusses	63
1. Inhalt des Eröffnungsbeschlusses	63
2. Zeitpunkt des Wirksamwerdens	65
3. Wirkung der Eröffnung	66
a) Pfändung des Vermögens des Schuldners	66
aa) Zeitpunkt der Pfändung	66
bb) Umfang der Pfändung	66
b) Verlust der Verfügungs- und Verwaltungsbefugnis	68
c) Unwirksamkeit von Einzelzwangsvollstreckungsmaßnahmen	69
aa) Voraussetzungen des § 7 Abs. 3 Satz 1 GesO	70
bb) Verweisung nach § 7 Abs. 3 Satz 2 GesO	72
d) Leistungen an den Schuldner nach Eröffnung (§ 7 Abs. 4 GesO)	73
e) Aufrechnung (§ 7 Abs. 5 GesO)	74
aa) Maßgeblicher Zeitpunkt	74
bb) Voraussetzungen der Aufrechnungslage	75
cc) Aufrechnungserklärung	75
dd) Wirkung der Aufrechnung	75
ee) Aufrechnung des Verwalters	76
f) Auswirkungen eines Gesamtvollstreckungsverfahrens auf anhängige oder rechtshängige Prozesse	76
aa) Auswirkungen der Eröffnung eines Gesamtvollstreckungsverfahrens auf anhängige Rechtsstreitigkeiten	76
bb) Auswirkungen der Eröffnung eines Gesamtvollstreckungsverfahrens auf rechtshängige Prozesse	77
g) Rechtsstellung von Gesellschaften als Gesamtvollstreckungsschuldner	78
aa) Gesamtvollstreckung über das Vermögen der Gesellschaft	78
bb) Gesamtvollstreckung über das Vermögen eines Gesellschafters	79

4. Kenntnisnahme vom Eröffnungsbeschuß	80
a) Öffentliche Bekanntmachung (§ 6 Abs. 1 Satz 1 GesO)	80
aa) Publikationsorgan der öffentlichen Bekanntmachung	80
bb) Wirkung der öffentlichen Bekanntmachung	81
b) Zustellung (§ 6 Abs. 1 Satz 2 GesO)	82
aa) Zustellungsadressaten	82
bb) Form der Zustellung.	83
c) Versäumung der öffentlichen Bekanntmachung oder der Zustellung	83
d) Übersendung durch das Gericht (§ 6 Abs. 2 GesO)	84
e) Übersendung durch den Verwalter (§ 6 Abs. 3 GesO)	84
5. Offensichtliche Unrichtigkeiten des Eröffnungsbeschlusses: Berichtigung gemäß § 319 ZPO analog	84
a) Anspruchsgrundlage.	85
b) Begriff der offensichtlichen Unrichtigkeit	85
c) Verfahren	85
d) Frist	86
e) Wirkung.	86
f) Rechtsmittel gegen die Berichtigung oder deren Ablehnung.	86
g) Rechtsmittel statt Berichtigungsantrag	87
III. Ablehnung der Eröffnung	87
1. Ablehnungsgründe	87
a) Mängel des Antrages.	88
b) Ablehnungsgründe gemäß § 4 Abs. 2 GesO	88
aa) Masseunzulänglichkeit	88
bb) Beseitigung des Gesamtvollstreckungsgrundes	89
2. Beschuß über die Ablehnung	89
IV. Rechtsmittel	90
1. Sofortige Beschwerde	90
a) Einlegung der sofortigen Beschwerde.	90
b) Beschwerdefrist.	92
c) Beschwerdeberechtigung	92
d) Wirkung der Einlegung der Beschwerde.	93
2. Weitere sofortige Beschwerde	93
a) Regelungslücke.	93
b) Planwidrigkeit der Regelungslücke	94

§ 7 Anmeldung der Forderung zur Aufnahme in das Vermögensverzeichnis

Vorbemerkung	96
I. Anforderung an die Anmeldung einer Forderung	97
1. Adressat der Anmeldung	97
2. Zeitpunkt der Anmeldung	98
3. Form der Anmeldung	98
4. Inhalt der Anmeldung	99
a) Anspruchsgrund und Forderungshöhe	99
b) Angabe eines Vorrechts nach § 17 Abs. 3 GesO	100
c) Besondere Forderungen	101
5. Unterbrechungswirkung der Anmeldung	102
6. Gesamtschuldnerische Haftung des Schuldners	102
7. Anmeldung von Eigentums- und Pfandrechten	103
II. Verspätete Forderungsanmeldung	104
1. Darlegung der Entschuldigung der Verspätung	104
2. Anforderungen an die Entschuldigung	105
a) Anknüpfung an die Kriterien für die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand (§ 233 ZPO)	105
b) Anknüpfung an andere Kriterien	106
c) Folgerung für die Praxis	108
3. Verfahren	109
a) Prüfung durch den Verwalter	109
b) Entscheidung des Gesamtvollstreckungsgerichts	110
aa) Entscheidung des Gesamtvollstreckungsgerichts bei positiver Vorentscheidung des Verwalters	110
bb) Entscheidung des Gesamtvollstreckungsgerichts bei negativer Vorentscheidung des Verwalters	111
cc) Verfahren der Entscheidungsfindung durch das Gesamtvollstreckungsgericht	111
c) Aufnahme der verspätet angemeldeten Forderung in das Vermögensverzeichnis	111
d) Weiterer Prüfungstermin	112
4. Rechtsmittel gegen ablehnende oder zustimmende Entscheidung des Gesamtvollstreckungsgerichts	114
a) Beschwerdebefugnis des anmeldenden Gläubigers und des Verwalters	114
b) Beschwerdebefugnis der anderen Gläubiger	115

§ 8 Gläubigerversammlungen

Vorbemerkung	116
------------------------	-----

I.	Erste Gläubigerversammlung	117
1.	Zeitpunkt der ersten Gläubigerversammlung	117
2.	Ladung zur ersten Gläubigerversammlung	118
3.	Ort der ersten Gläubigerversammlung	120
4.	Ablauf der ersten Gläubigerversammlung	120
	a) Hausrecht des Gerichts	121
	b) Protokollierungspflicht des Gerichts	121
	c) Parteiöffentlichkeit	121
	d) Teilnahmerecht von Presse und Sondergläubigern	122
5.	Abstimmungen und Stimmrechte	123
	a) Anforderungen an die Beschußfassung	123
	b) Festsetzung des Stimmrechtes	123
	c) Rechtmittel gegen die Entscheidung über das Stimmrecht	124
6.	Beschlüsse der ersten Gläubigerversammlung	125
	a) Bestellung des Verwalters	125
	b) Beschuß über Fortführung oder Schließung des Unternehmens	125
	c) Wahl eines Gläubigerausschusses	126
	d) Umfang der Berichtspflicht des Verwalters	126
II.	Weitere Gläubigerversammlungen	127
1.	Aufgaben und Befugnisse der weiteren Gläubiger-versammlung	127
2.	Einberufung weiterer Gläubigerversammlungen	128
	a) Einberufung von Amts wegen	128
	b) Einberufung auf Antrag	129
	aa) Antragsberechtigte	129
	bb) Antragsinhalt	129
3.	Ladung und Tagesordnung	130
	a) Ladung	130
	b) Tagesordnung	130

Kapitel 3: Durchführung des Gesamtvollstreckungsverfahrens

§ 9 Prüfungstermine

Vorbemerkung	133
I. Erster Prüfungstermin	134
1. Vorbereitung des Prüfungstermins	134
a) Einberufung des ersten Prüfungstermins durch das Gesamtvollstreckungsgericht	134
b) Anberaumung des ersten Prüfungstermins bereits mit dem Eröffnungsbeschuß	135
c) Zeitpunkt des ersten Prüfungstermins	136

d)	Ort des ersten Prüfungstermins	137
e)	Ladung zum ersten Prüfungstermin	137
f)	Ladung des Schuldners.	138
2.	Durchführung des Prüfungstermins	138
a)	Leitung des ersten Prüfungstermins	138
b)	Teilnahme am Prüfungstermin.	138
c)	Erklärungspflicht des Schuldners	140
d)	Forderungsanerkennung und Bestreiten.	140
e)	Besondere Arten des Anerkennens und Bestreitens einer Gläubigerforderung.	142
f)	Vertagung der Forderungsprüfung bei tatsächlich oder rechtlich zweifelhaften Forderungen	143
g)	„Vorläufiges Bestreiten“ einer Gläubigerforderung durch den Verwalter -was tun?	143
h)	Bestreiten einer Gläubigerforderung durch den Schuldner?.	145
i)	Aufnahme des Prüfungsergebnisses in das Vermögensverzeichnis und Mitteilung des Prüfungsergebnisses an die Gläubiger.	146
3.	Zurücknahme des Bestreitens/nachträgliche Forderungsanerkennung	147
a)	Zulässigkeit der nachträglichen Anerkennung bestrittener Forderungen	147
b)	Nachträgliche Anerkennung durch Erklärung gegenüber dem Gläubiger	147
c)	Nachträgliche Anerkennung ohne erneuten Prüfungstermin.	149
4.	Beurkundung des Prüfungsergebnisses	150
II.	Weitere Prüfungstermine	151

§ 10 Aufgaben des Gesamtvollstreckungsgerichts

Vorbemerkung	152
I. Aufgaben und Befugnisse des Gerichts bei der Einleitung des Gesamtvollstreckungsverfahrens	153
II. Aufgaben und Befugnisse des Gerichts nach Eröffnung des Gesamtvollstreckungsverfahrens	153
1. Aufsicht über die Tätigkeit des Verwalters	154
a) Aufsicht über die Vermögensverwaltung	154
b) Aufsichtsmittel	154
2. Aufsicht über Gläubigerversammlungen, Prüfungstermine und Gläubigerhandlungen	156
3. Zustimmung zu verspäteten Forderungsanmeldungen (§ 14 GesO)	157

4. Festsetzung der Vergütung für Verwalter und Sequester	157
5. Entscheidung über vorab zu befriedigende Ansprüche (§ 13 GesO)	158
III. Staatshaftung bei Pflichtverletzung	158

§ 11 Gläubigerausschuß

Vorbemerkung	159
I. Bestellung oder Wahl eines Gläubigerausschusses	160
1. Bestellung des vorläufigen Gläubigerausschusses durch das Gericht	160
2. Von der Gläubigerversammlung gewählter Gläubiger-ausschuß	161
a) Beslußfassung und Wahl	161
b) Mitglieder	162
c) Beendigung der Ausschußmitgliedschaft	163
aa) Abberufung	163
bb) Niederlegung, Entlassung	164
II. Aufgaben und Befugnisse des Gläubigerausschusses	165
1. Gläubigerausschuß als Kollegialorgan	165
2. Rechtsstellung gegenüber den Gläubigern	165
3. Rechtsstellung gegenüber dem Gesamtvolbstreckungs-gericht	167
4. Unterstützung des Verwalters	167
5. Kontrollpflicht	168
a) Berichterstattung	168
b) Kassenprüfung	169
c) Interessenkollisionen	169
6. Zustimmungspflichtige Rechtsgeschäfte	170
III. Arbeitsweise des Gläubigerausschusses	171
1. Einberufung einer Gläubigerausschußsitzung	171
a) Recht zur Einberufung	171
b) Form und Frist	172
2. Sitzungsteilnehmer	173
3. Ablauf von Gläubigerausschußsitzungen	173
a) Tagesordnung	173
b) Beslußfassung, Stimmrecht	174
c) Protokoll	175
4. Haftung der Gläubigerausschußmitglieder	175
a) Anspruchsgrundlagen	175
aa) Positive Forderungsverletzung	175
bb) Unerlaubte Handlung	176
b) Kausalität	177
c) Verschulden	177

XVIII

d) Gesamtschuldnerische Haftung	178
e) Geltendmachung des Schadens	178
5. Vermögensschadenhaftpflichtversicherung der Ausschußmitglieder	178

§ 12 Weitere Informations- und Mitwirkungsrechte der Gläubiger

Vorbemerkung	180
I. Informationsrechte	180
1. Informationen in Gläubigerversammlungen, Prüfungsterminen und Schlußterminen	181
2. Akteneinsicht	181
a) Akteneinsichtsrecht der Verfahrensbeteiligten	182
b) Akteneinsichtsrecht dritter Personen	182
II. Auskunftspflicht des Verwalters	183
1. Anfragen nach dem Stand des Verfahrens	183
2. Anfragen zur Wahrung von Verfahrensrechten	184
3. Anfragen zur materiellen Durchsetzung der eigenen Forderung	184
4. Anfragen im Zusammenhang mit Sicherungsrechten	185
III. Unterstützung und Überwachung des Verwalters	185
1. Hinweise an den Verwalter oder das Gericht	186
a) Hinweise und Anregungen an den Verwalter	186
b) Hinweise und Anregungen an das Gericht	187
2. Anträge an das Gericht	188
3. Beteiligung an Fortführungsgesellschaften	188
IV. Kooperation mit anderen Gläubigern	188

§ 13 Vorab zu begleichende Ansprüche

Vorbemerkung	191
I. Durch die Verwaltung entstandene notwendige Ausgaben	191
1. Erfüllung von Verträgen	191
2. Geltendmachung von Forderungen des Schuldners	192
3. Ablösung von Pfandrechten	192
4. Weitere durch die Verwaltung entstandene notwendige Ausgaben	192
II. Gerichtskosten	193
III. Lohn-, Gehalts- und andere Forderungen	193
IV. Einwilligung des Gerichts zur Vorabbefriedigung	193

§ 14 Die Rechte der Arbeitnehmer in der Gesamtvollstreckung

Vorbemerkung	195
I. Gesamtvollstreckung und bestehende Arbeitsverhältnisse	196
1. Arbeitsverhältnisse in der Sequesteration	196
2. Arbeitsverhältnisse bei Unterbrechung des Verfahrens nach GUG.	196
3. Arbeitsverhältnisse nach Eröffnung des Verfahrens	197
a) Fortbestand und Kündigung von Arbeitsverhältnissen	197
aa) Kündigungsschutzgesetz und Betriebsverfassungsgesetz	198
bb) Sonstige Kündigungsschutzbestimmungen.	199
b) Nach Eröffnung des Gesamtvollstreckungsverfahrens begründete Arbeitsverhältnisse	200
c) Vorrangige Befriedigung der Lohnansprüche der Arbeitnehmer	201
aa) Nach Eröffnung entstandene Lohnansprüche.	201
bb) Vor Eröffnung entstandene Ansprüche	202
cc) Konkursausfallgeld	203
d) Ansprüche von Arbeitnehmern für von ihnen gemachte Erfindungen	204
e) Abfindungs- und Schadenersatzansprüche der Arbeitnehmer	204
f) Karenzentschädigungen aus einer Wettbewerbsabrede	204
4. Einfluß eines vom Gesamtvollstreckungsverwalter veranlaßten Betriebsübergangs auf die Arbeitsverhältnisse.	205
II. Sozialplanansprüche in der Gesamtvollstreckung	206
1. Vor der Eröffnung des Gesamtvollstreckungsverfahrens abgeschlossene Sozialpläne	206
2. Nach Eröffnung des Gesamtvollstreckungsverfahrens abgeschlossene Sozialpläne	206
3. Anmeldung von Sozialplanansprüchen	207
4. Abschlagszahlungen	208
III. Ansprüche auf Nachteilsausgleich	208
IV. Arbeitnehmer in der Gläubigerversammlung	209

§ 15 Klageweise Durchsetzung von Forderungen

Vorbemerkung	210
I. Klagen des Gläubigers	210
1. Zuständigkeit	211
2. Klageart	213

II. Verteidigung gegen Klagen des Verwalters oder eines bestreitenden Gläubigers	214
1. Negative Feststellungsklage gegen titulierte Forderungen des Gläubigers	214
2. Unzulässigkeit negativer Feststellungsklagen des Verwalters gegen nicht titulierte Forderungen des Gläubigers	215
III. Kosten	216
1. Gerichtskosten	216
2. Anwaltskosten	217
3. Gebührenermäßigung gemäß dem Einigungsvertrag	217
a) Gerichtsgebühren	217
b) Rechtsanwaltsgebühren	218
4. Kostentragung	219

§ 16 Sicherungsrechte und ihre Durchsetzung

Vorbemerkung	220
I. Aussonderungsrechte / Absonderungsrechte	220
1. „Aussonderung“ gemäß § 12 Abs. 1 Satz 1, 1. Alt. GesO (Eigentumsrechte).	221
a) Begriff der Aussonderung.	221
b) Von der Aussonderung betroffene Rechte	221
2. „Absonderung“ gemäß § 12 Abs. 1 Satz 1, 2. Alt. GesO (Pfandrechte).	223
a) Umfang und Inhalt des Absonderungsanspruchs	223
b) Von der Absonderung betroffene Rechte	224
c) Poolverträge	225
3. Bestimmtheit und Bestimbarkeit	226
4. Aussetzung der Verwertung, § 12 Abs. 2 GesO	226
5. Ersatzaussonderung / Ersatzabsonderung	226
II. Gerichtliche Geltendmachung	227
1. Durchsetzung im Klagewege, § 12 Abs. 1 Satz 2 GesO	227
a) Zuständiges Gericht	228
b) Fallkonstellationen einer Herausgabe- oder Stufenklage	228
c) Verteidigung gegenüber einer negativen Feststellungsklage des Verwalters	229
d) Streitwert	230
2. Einstweiliges Verfügungsverbot	230
a) Zuständiges Gericht	230
b) Antragsbegehren	230
c) Verfügungsanspruch und Verfügungsgrund	231

§ 17 Abwehr von Anfechtungshandlungen des Verwalters

Vorbemerkung	232
I. Form und Frist der Anfechtung	232
II. Verteidigung gegenüber einzelnen Anfechtungsgründen	233
1. Absichtsanfechtung	234
2. Anfechtung wegen entgeltlicher Leistungen an „nahestehende Personen“	234
3. Aufwertung wegen unentgeltlicher Übertragung von Vermögenswerten auf Dritte	235
4. Anfechtung von Rechtshandlungen nach Zahlungseinstellung oder nach Antrag auf Eröffnung der Gesamtvollstreckung	235
5. Im Grundbuch einzutragende Rechte	236

§ 18 Vereinbarungen mit dem Verwalter zur Durchsetzung von Gläubigerrechten

Vorbemerkung	237
I. Prozeßvorbereitende und prozeßgestaltende Verträge	237
1. Gerichtsstandsvereinbarung	238
2. Verwertungsvereinbarung und anschließender Rechtsstreit über den Verwertungserlös	238
II. Prozeßvermeidende Vereinbarungen	239
III. Vereinbarungen über die Verwertung von Vorbehalt- und Sicherungseigentum sowie mit Pfandrechten belasteten Gegenständen	241

Kapitel 4: Beendigung des Gesamtvollstreckungsverfahrens

§ 19 Vergleich

Vorbemerkung	243
I. Begriff und Zweck des Vergleichs	244
II. Voraussetzungen des Vergleichs	244
1. Antrag des Schuldners und Vergleichsvorschlag	245
2. Vergleichsvorschlag als Bestandteil des Antrages	245
3. Behandlung des Antrages durch das Gericht	246
4. Inhalt des Vergleichsvorschlasses	247
a) Vollständige Befriedigung bevorrechtigter und vorab zu befriedigender Gläubiger	247
b) Bestimmtheit des Vergleichsvorschlasses	248
c) Arten des Vergleichs	248

aa)	Quotenvergleich	248
bb)	Liquidationsvergleich	248
cc)	Verbindung von Quoten- und Liquidationsvergleich	248
d)	Gleichbehandlung aller nicht bevorrechtigten Gläubiger	249
	aa) Behandlung nicht angemeldeter und bestrittener Forderungen	249
	bb) Ungleichbehandlung mit Zustimmung des betroffenen Gläubigers	249
e)	Sicherstellung der Vergleichsquote	250
5.	Vergleichstermin	250
	a) Stimmrecht	251
	b) Verbindung von Prüfungstermin und Vergleichstermin	251
6.	Bestätigung des Vergleichs durch das Gericht	251
	a) Umfang der Überprüfung	251
	b) Versagung der Bestätigung	253
	c) Die Bestätigung	253
7.	Rechtswirkungen des Vergleichs	253
8.	Vollstreckbarer Titel	254

§ 20 Verteilung und Schlußtermin

Vorbemerkung	255
I. Verteilungsvorschlag	256
1. Grundlage des Verteilungsvorschlages	256
2. Gliederung des Verteilungsvorschlages	256
3. Rangfolge der zu befriedigenden Forderungen	258
a) Arbeitnehmer und Sozialversicherungsträger	259
b) Sozialplanansprüche	259
c) Befriedigung innerhalb eines Ranges nach § 17 Abs. 3 Nr. 1 GesO	259
d) Arbeitnehmererfindungsansprüche	260
e) § 17 Abs. 3 Nr. 2 und 3 GesO	260
f) § 17 Abs. 3 Nr. 4 GesO	260
4. Einreichung des Verteilungsvorschlages bei Gericht	260
II. Schlußtermin	260
1. Zeitpunkt des Schlußtermins	261
2. Bekanntmachung und Ladung	263
a) Form	263
b) Inhalt	263
c) Ladungsfristen	263
3. Folgen der Anberaumung des Schlußtermins	264
a) Einsicht in den Verteilungsvorschlag	264

b) Ausschlußfrist für Klagen auf Anerkennung einer Forderung	264
4. Durchführung des Schlußtermins	265
a) Behandlung des Verteilungsvorschlags im Schlußtermin	265
aa) Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis	266
bb) Ergebnisrechnung und Schlußbericht	266
b) Behandlung nicht verwertbarer Vermögensgegenstände.	268
5. Stimmrechte der Gläubiger	268
III. Bestätigung des Verteilungsvorschlages durch das Gericht	268
1. Umfang der Prüfung.	269
2. Folge der Verweigerung der Bestätigung.	269
3. Möglichkeit der Bestätigung trotz Mißbilligung durch die Gläubigerversammlung	270
4. Form der Bestätigung und Rechtsmittel	270
IV. Schlußverteilung und Abschluß des Verfahrens	271
1. Schlußverteilung	271
2. Abschluß des Verfahrens	271
V. Verteilung außerhalb der Schlußverteilung	272
1. Abschlagzahlungen und Vorauszahlungen	272
2. Nachtragsverteilung	274

§ 21 Die Einstellung des Gesamtvollstreckungsverfahrens

Vorbemerkung	275
I. Form der Einstellung	275
II. Einstellungsgründe	276
1. Einstellung nach Erlösverteilung und Prüfung des Abschlußberichts (§ 19 Abs. 1 Nr. 1 GesO)	276
2. Einstellung nach Vergleich (§ 19 Abs. 1 Nr. 2 GesO)	277
3. Einstellung des Verfahrens mangels Masse (§ 19 Abs. 1 Nr. 3 GesO)	278
4. Einstellung auf Antrag des Schuldners (§ 19 Abs. 1 Nr. 4 GesO)	279
a) Zustimmung der Gläubiger	279
b) Wegfall des Eröffnungsgrundes	280
c) Form der Einstellung	280
III. Rechtsmittel	280
IV. Wirkung der Einstellung	281
1. Beendigung der Verfügungs- und Verwaltungsbefugnis	281
2. Beendigung der Prozeßführungsbefugnis	281

XXIV

3.	Kompetenz des Verwalters für eine Nachtragsverteilung	281
4.	Verjährungsunterbrechung	282
5.	Heraugabe der Geschäftsunterlagen	282
6.	Aufleben der Passivlegitimation des Schuldners	282

Kapitel 5: Sonderprobleme des DDR-Rechts und des DDR-Folgerechts

§ 22 Anwendbarkeit von DDR-Recht (Grundzüge)

Vorbemerkung	283
I. Die Anwendbarkeit von Bundesrecht als Grundsatz	284
II. Die Anwendbarkeit von DDR-Recht als Ausnahme	285

§ 23 Kredit- und sicherungsrechtliche Fragen

Vorbemerkung	289
I. Forderungsqualität von Altkrediten	289
1. Der Begriff „Altkredite“	290
2. Einordnung als wirksame Kreditforderungen	290
3. Anforderungen an die Wirksamkeit von Altkrediten.	291
II. Nach DDR-Recht begründete Sicherheiten Grundpfandrechte	291
1. Vor dem 01.01.1976 begründete Hypotheken.	292
2. Nach dem 01.01.1976 und vor dem 01.07.1990 begründete Hypotheken	293
a) Hypotheken zur Besicherung von Forderungen von Privatpersonen gegenüber DDR-Bürgern	293
(aa) Inhalt und Abhängigkeit der Hypothek von der Forderung	294
(bb) Entstehen und Rechtswirkung der Hypothek	295
b) Hypotheken zur Besicherung von Forderungen der Kreditinstitute, volkseigener Betriebe oder staatlicher Organe und Einrichtungen gegenüber DDR-Bürgern	296
c) Hypotheken zur Besicherung von Forderungen gegenüber volkseigenen Betrieben	296
3. In der Zeit zwischen dem 01.07.1990 und dem 02.10.1990 begründete Hypotheken	297
4. Nach dem 03.10.1990 eingetragene Hypotheken	298

Kapitel 6: Gebühren, Vergütungen und Auslagenerstattung

§ 24 Gerichtsgebühren

Vorbemerkung	299
I. Gebührentatbestand und Gebührenanzahl	300
II. Wertberechnung und Gebührenhöhe	301
1. Gegenstandswert für die Berechnung der Eröffnungs- und Durchführungsgebühr bei Schuldnerantrag	301
2. Gegenstandswert für die Berechnung der Eröffnungs- und Durchführungsgebühr bei Gläubigerantrag	301
3. Gegenstandswert für die Berechnung der Gebühr für das Beschwerdeverfahren	302
4. Gebührenhöhe	302
III. Gebührenschuldner und Fälligkeit	303
1. Schuldner bei Verfahrenseröffnung	303
2. Schuldner bei Ablehnung der Verfahrenseröffnung	303
3. Kostentragungspflicht bei weiterem Prüfungstermin	304
4. Fälligkeit der Gebühren	304

§ 25 Vergütung des Verwalters und des Sequesters

Vorbemerkung	305
I. Vergütung des Verwalters	306
1. Teilungsmasse als Grundlage der Gebührenberechnung	306
a) Berücksichtigung von Eigentums- und Pfandrechten	306
b) Massekosten und Masseschulden	307
c) Sonstige in die Berechnung einfließende Positionen	307
d) Berechnungsbeispiel	307
2. Regelgebühren	308
3. Umsatzsteuerausgleich	309
4. Normalvergütung	310
5. Konkrete Vergütung	311
6. Kosten und Auslagen des Verwalters	312
II. Vergütung des Sequesters	314
1. Schätzwert als Grundlage der Gebührenabrechnung	314
2. Berechnung der fiktiven Verwaltervergütung	314
3. Ermittlung des Bruchteils der fiktiven Verwaltervergütung	315

§ 26 Rechtsanwaltsgebühren

Vorbemerkung	316
I. Gebührentatbestände	316
1. Gebühren während des Eröffnungsverfahrens	316
Gebühren für die Forderungsanmeldung	317
3. Gebühren für einen Vergleich (§ 16 GesO).	317
4. Gebühren für ein Beschwerdeverfahren	318
II. Höhe der Gebühren	318

§ 27 Vergütung der Mitglieder des Gläubigerausschusses

Vorbemerkung	320
I. Vergütungshöhe und Auslagen	320
1. Höhe der Vergütung.	320
2. Erstattung von Auslagen	321
II. Erstattungsverfahren und Vorschüsse	321

Anhang

I. Muster	
1. Antrag auf Eröffnung des Gesamtvollstreckungsverfahrens	325
2. Anhörung des Schuldners vor Eröffnung des Gesamtvollstreckungsverfahrens	327
3. Gerichtliche Anforderung eines Kostenvorschusses	329
4. Gerichtliche Anforderung der Glaubhaftmachung der Forderung des Gläubigers, der den Gesamtvollstreckungsantrag gestellt hat	330
5. Anordnung der Sequesteration	332
6. Eröffnungsbeschuß	334
7. Veröffentlichung des Eröffnungsbeschlusses	336
8. Beschuß über die Aufhebung der Sequestration und Ablehnung der Eröffnung des Gesamtvollstreckungsverfahrens	337
9. Antrag auf Berichtigung des Rubrums	339
10. Beschuß des Gerichts über einen Antrag auf Berichtigung des Rubrums	340
11. Forderungsanmeldung und Anmeldung von Ansprüchen auf abgesonderte Befriedigung.	341
12. Antrag des Gläubigers auf Zustimmung zur Aufnahme einer verspätet angemeldeten Forderung in das Vermögensverzeichnis	343

13. Beschwerde des Gläubigers wegen Nichtaufnahme einer verspätet angemeldeten Forderung in das Vermögensverzeichnis	345
14. Beschuß des Gerichts über die Aufnahme einer verspätet angemeldeten Forderung in das Vermögensverzeichnis	347
15. Antrag des Gläubigers auf Ergänzung der Tagesordnung für eine Gläubigerversammlung	348
16. Zwischenbericht des Verwalters	349
17. Protokoll des Gerichts über die erste Gläubiger-versammlung	351
18. Beschuß des Gerichts über die Anberaumung eines weiteren Prüfungstermins	353
19. Vermögensverzeichnis des Verwalters	354
20. Auszug aus dem Vermögensverzeichnis des Verwalters	355
21. Beschuß des Gerichts über die Bestellung als vorläufiges Mitglied des Gläubigerausschusses	356
22. Geschäftsordnung für den (gewählten) Gläubigeraus-schuß	357
23. Vereinbarung über die Verwertung von Sicherheiten und Hinterlegung des Verwertungserlöses bis zur Klärung der Forderungsberechtigung	360
24. Stillhaltevereinbarung	363
25. Öffentliche Ladung des Gerichts zur Beschußfassung über den Vergleichsvorschlag	367
26. Vergleichsvorschlag	368
27. Bürgschaftserklärung gemäß § 16 Abs. 3 GesO	369
28. Veröffentlichung des Vergleichsvorschlags	370
29. Veröffentlichung zur beabsichtigten Abschlagsverteilung an bevorrechtigte Gläubiger und Ladung zur Gläubiger-versammlung	371
30. Antrag des Verwalters auf Anberaumung eines Schlußtermins	372
31. Schlußverzeichnis	373
32. Schlußbericht des Verwalters	376
33. Ergebnisrechnung des Verwalters	380
34. Antrag des Verwalters auf Festsetzung der Verwalter-vergütung	382
35. Antrag des Gläubigers auf Erteilung einer vollstreckbaren auszugsweisen Ausfertigung	384
36. Vollstreckbare auszugsweise Ausfertigung	385
II. Gesetzestexte	
1. Gesamtvollstreckungsordnung	389
2. Konkursordnung (Auszug)	401
3. Insolvenzordnung (Auszug)	408

XXVIII

4.	Zivilprozeßordnung (Auszug)	409
5.	Arbeitsförderungsgesetz (Auszug)	417
6.	Vergütungsverordnung.	423
7.	Kostenverzeichnis (Auszug)	430
8.	Tabelle zu § 11 Abs. 2 GKG	431
III. Materialien zur Gesetzgebungsgeschichte		
1.	Materialien zur Ergänzung der GesVO 1975 im Gesetzentwurf zum Staatsvertrag vom 18.05.1990 (BT-Drucks. 11/7350).	435
2.	Ministerratsbeschuß zur Ergänzung der GesVO 1975	437
3.	Materialien zur Überleitung der GesVO 1975 in bundesdeutsches Recht durch den Einigungsvertrag (BR-Drucks. 605/90, BT-Drucks. 11/7817)	440
IV. Entscheidungsverzeichnisse		
1.	Übersicht über die zur Gesamtvollstreckungsordnung veröffentlichte Entscheidungen (geordnet nach Paragraphen)	446
2.	Übersicht über die zur Gesamtvollstreckungsordnung veröffentlichten Entscheidungen (geordnet nach Gerichten)	476
V. Gesamtvollstreckungsgerichte und Zuständigkeiten		
Stichwortverzeichnis		505